Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebr. Arnhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", gratis dem „Volk und Zeit" monatlich 2 Mark, halbmonatlich 1 Mark. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 13707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 59 | Dresden, Freitag den 9. März 1928 | 39. Jahrg.

Sorgen der Weltmacht

Englands Schwierigkeiten im Orient

P. **Paris, 9. März.** (Eig. Funkspr.) **Wie das Petit Journal aus London zu melden weiß, hat die englische Regierung eine Fühlungnahme bei Ibn Saud, dem König von Hedschas vornehmen lassen, um zu versuchen, ob dessen Ansprüche auf Transjordanien und das Irakgebiet trotz der Erklärung des Heiligen Krieges nicht doch auf friedlichem Wege geregelt werden könnten. Die Aussichten dazu seien aber gering, da die Feindseligkeiten bereits begonnen hätten. Die Wahabiten haben die Karawanenstraße von Damaskus nach Bagdad bereits unterbrochen. Auch steht ihr Angriff auf Kuweit bevor.**

•

Kriegszustand an der Palästinagrenze

London, 8. März. Die Regierung von Palästina trifft Verteidigungsmaßnahmen gegen einen Einfall der Wahabiten. An der transjordanischen Grenze wurde der Kriegszustand verhängt. Alle auf Urlaub befindlichen Offiziere und Mannschaften sind zurückgerufen worden. Die in Ramle (Palästina) stationierte zweite Panzerwagenkompagnie der Luftstreitkräfte ging nach Amman ab. Aus Aegypten sind Truppen und Flugzeuge, von denen jedes 20 Mann fassen kann, nach Amman abgesandt worden. Militärische Bewegungen der Anhänger Ibn Sauds sind bisher noch nicht festgestellt.

•

Ultimatum an Aegypten

London, 8. März. Der englische Oberkommissar in Aegypten, Lord Lloyd, hat dem König Fuad eine Note überreicht, die durchaus einem Ultimatum gleichkommt. In der sehr scharf abgefaßten Note erklärt England, daß es ohne weiteres jeden ägyptischen Gesetzentwurf verbieten werde, der zum Ziele, die Kontrolle über die ägyptische Armee, die Verteidigung der allgemeinen Interessen und den Schutz der Fremden durch England zu beeinträchtigen.

Das Ultimatum hat in Aegypten wie eine Bombe gewirkt. Eine Antwort wird wegen Regierungsschwierigkeiten zunächst verweigert.

S. **London, 8. März.** (Eig. Drahtber.) **In verschiedenen Städten Aegyptens ist es am Donnerstag zu heftigen Zusammenstößen zwischen eingeborenen Studenten und der Polizei gekommen. In Kairo marschierten 1500 Studenten vor das Hauptquartier der Nationalpartei, um gegen Großbritannien zu demonstrieren. Nach der Meldung des amtlichen britischen Nachrichtenbureaus begannen die Studenten Steine auf die Polizei zu schleudern, worauf die Polizei die Demonstranten mit Stockhieben zu zerstreuen suchte. 28 Demonstranten und acht Polizisten werden als mehr oder minder schwer verletzt gemeldet.**

Auch in andern ägyptischen Städten mit Hochschulen und höheren Bildungsstätten kam es zu ähnlichen Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten.

•

Englisches Luftrüsten

Die Arbeiterpartei protestiert

S. **London, 8. März.** (Eigener Drahtb.)

Der Budgetvoranschlag für die britischen Luftstreitkräfte, der dem Unterhaus am Donnerstag vorgelegt wurde, zeigt **eine Erhöhung um 700 000 Pfund Sterling (14 Millionen Mark)** gegenüber dem Vorjahr. **Der Gesamtetat der Luftstreitkräfte beträgt annähernd 20 Millionen Pfund Sterling (400 Millionen Mark). Im laufenden Jahre ist die Schaffung von vier neuen im wesentlichen für den Dienst im Kolonialgebiet bestimmten Luftschwadronen geplant.**

Die Arbeiterpartei hat unmittelbar nach der Vorlage dieses Etats dem Unterhaus einen Antrag unterbreitet, in dem „angesichts der Gefahren der Luftrüstung für die Zivilisation der Welt" das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß die konservative Regierung in Genf nicht nachdrücklicher für Luftabrüstung eingetreten sei. **Der Antrag der Arbeiterpartei schließt mit der Aufforderung an die Regierung, ein Programm zu entwerfen, daß eine völlige Abschaffung der militärischen Luftstreitkräfte auf internationaler Basis und eine internationale Kontrolle der zivilen Luftfahrt vorsieht.**

Erleichterung der Ehescheidung?

Die Reform scheitert

H. F. Darüber, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Scheidung der Ehe sehr rückständig sind, daß sie dem sozialen und kulturellen Leben nicht mehr entsprechen, sind sich weite Kreise des deutschen Volkes, auch bürgerliche, völlig klar. Die Bestrebungen nach Reform gehen seit Jahrzehnten, ohne daß es bisher gelungen wäre, auf diesem Gebiete etwas zu erreichen. An Versuchen im Parlament hat es nicht gefehlt. Starken Widerstand fanden und finden sie noch immer von denen, die auf Grund einer total falschen Gesellschaftsmoral völlig veraltete Zustände aufrechterhalten wollen. Dabei spielen sittlich-religiöse Auffassungen eine Rolle, die ganz übersehen, daß die heutige Bindung und Zwangsmäßigkeit der Ehe in Wirklichkeit höchst unmoralische Zustände zeitigen.

Mit der früheren rein kirchlich zustande gekommenen Ehe hat bereits die sogenannte Zivilehe vor dem Standesamt aufgeräumt, die eine kirchliche Trauung von Gesetzes wegen nicht mehr kennt. Das war ein Fortschritt. Die Schließung der Ehe wurde vereinfacht und erleichtert, aber die Lösung blieb erschwert auch für die Fälle, wo sie als eine Erlösung empfunden und gefordert werden muß. Wieviel Meineide mögen unter den jetzigen Verhältnissen provoziert und geleistet werden, weil keine andre Möglichkeit besteht, aus unerträglichen Zuständen loszukommen. Gründe zur Ehescheidung werden künstlich geschaffen, Ehebruch wird als Mittel zu diesem Zwecke betrieben oder fingiert, weil es einen andern Ausweg nicht gibt. Die Richter werden in Scheidungsprozessen angelogen, wie der bekannte Rechtslehrer Prof. Dr. Kast, der die Sache aus seinem Beruf her genau kennt, im Rechtsausschuß des Reichstags kürzlich erklärte. Er sprach von einer Ehenot, deren Beseitigung eine sittlich-moralische Pflicht sei. Wendete sich mit diesen treffenden Bemerkungen besonders gegen diejenigen, die aus verkehrten sittlichen Anschauungen jede Reform ablehnen. Das trifft, soweit Parteien in Frage kommen, in erster Linie auf die Deutschnationalen und auf das Zentrum zu. Aber auch die Deutsche Volkspartei kommt aus solchen Bedenken nicht recht heraus. Nur die Autorität ihres Parteimitgliedes Dr. Kast, der für Reform ist, macht sie in ihrem überlebten Standpunkt etwas wankend. Wenn eine Zentrumsabgeordnete, also eine Frau, vor einigen Tagen an maßgebender Stelle erklärte, die im Reichstage geforderte Reform der Ehescheidung zerstöre den Familiengedanken, so ist auch dieser

Zentrum und Deutschnationale sind gegen jede Ehescheidung. Nur bei sich selbst machen sie eine Ausnahme!

Einwand hinfällig. Viel eher kann man behaupten, daß dies auf die zahlreichen sogenannten unglücklichen Ehen zutrifft, die wirklich unmoralisch wirken, weil sie nicht getrennt werden können.

Ein hoher preußischer Richter hat vor einiger Zeit in einem Zeitungsaufsatz darauf hingewiesen, daß sich seinerzeit in einer Mittelstadt des östlichen Industriebezirkes eine „Gesellschaft" aufgetan hatte, die Indizienbeweise zur Begründung von Ehescheidungen auf Bestellung lieferte! Die Ausführung solcher Aufträge war nur möglich durch Leistung von Meineiden. Erst nach zwei Jahren kam man hinter diesen famosen Geschäftsbetrieb. Die Mitglieder der „Gesellschaft" wanderten auf viele Jahre ins Zuchthaus. Sind das nicht haarsträubende Vorgänge?!

Die jetzt zulässigen Scheidungsgründe sind in den Paragraphen 1565 bis 1568 des Bürgerlichen Gesetzbuchs festgelegt: Ehebruch oder eine strafbare Handlung nach den Paragraphen 171 und 175 des Strafgesetzbuchs, Doppelehe, widernatürliche Unzucht, böswilliges Verlassen, schuldhafte Ehezerrüttung, Geisteskrankheit während mindestens dreier Jahre (!) der Ehe, wenn Aussicht auf Wiederherstellung des Kranken ausgeschlossen ist. — Diese Gründe treffen alles das nicht, auf

Die abgeschüttelten Renegaten

Severing stäubt die „Altsozialisten"

Genosse Severing hielt kürzlich vor den Dresdner Gewerkschaftsfunktionären einen politischen Vortrag, dessen Qualitäten in der Dresdner Volkszeitung ausdrücklich betont wurden. Das hinderte den „Volksstaat" nicht, zwischen uns und Genossen Severing „tiefe Gegensätze" zu konstruieren und Severing zu einem „Altsozialisten" zu stempeln; seinen Gedankengängen entsprächen auch die Auffassungen der ASP. Die Aspestler, von denen auch die alten Gewerkschafter immer mehr abrücken, haben schon mehrfach versucht, sich an die Rockschöße von Sozialdemokraten zu hängen, die dem rechten Flügel unsrer Partei angehören. So hingen sie sich an Viktor Schiff und wurden von ihm derb abgeschüttelt. Sie versuchten es darauf bei Sollmann — und wurden von ihm ebenfalls abgeschüttelt. Jetzt versuchen sie das Manöver bei Severing und holen sich abermals einen derben Nasenstüber. Damit ist auch die Unverfrorenheit gekennzeichnet, mit der sich gestern Herr Bethke im Landtag nach dem Rezept des „Volksstaates" erdreistete, unsern Genossen Severing für die ASP. zu reklamieren. Das Gefühl für gewisse peinliche Situationen ist ihnen völlig abhanden gekommen, sonst müßten sie nach den fortgesetzten Abschüttelungen müde sein, sich bei führenden Sozialdemokraten anzuschmieren. Aber das brauchen sie wohl zum politischen Mäusefang!

Genosse Severing schreibt diesen dreisten Renegaten folgendes ins Stammbuch:

Sächsische Parteifreunde machen mich auf einen Artikel in Nr. 55 des Volksstaats aufmerksam, der sich mit meinen Ausführungen an einem Berliner Vortragsabend und in der Funktionärversammlung der Dresdner Betriebsräte beschäftigt. Der Artikel entstellt, verdreht und verschiebt nicht nur, sondern reproduziert mit sichtlichem Behagen auch die Verdrehungen und Entstellungen, die die kommunistische Arbeiterstimme mit meinen Darlegungen versucht. Diese nicht neue Methode des politischen Kampfes bringt mich nicht in Harnisch; wer im öffentlichen Leben steht und um sich tritt, muß sich schon an Kniffe und Pfiffe seiner Gegner gewöhnen. Mit einem L. S. (Laß schwatzen) hätte ich darum auch diesen Artikel zu den — andern gelegt, wenn nicht seine Verfasserin versuchte, mich zum „Altsozialisten" zu stempeln. Dieser reichlich plumpe Versuch veranlaßt mich zu folgenden Bemerkungen:

Wenn es richtig sein sollte — was ich aus der Ferne nicht beurteilen kann und nicht untersuchen will —, daß führende Männer der sächsischen Altsozialisten bei ihrer politischen Tätigkeit sich in den Gedankengängen bewegen, die in meinen beiden Vorträgen zu erkennen waren, dann verstehe ich nicht, warum es in Sachsen zur Parteispaltung gekommen ist. Wer wegen taktischer Meinungsverschiedenheiten die Arbeiterschaft zersplittert, hemmt den Vormarsch des Sozialismus, schwächt die Position des Proletariats. Diese Selbstverständlichkeit gilt für alle Richtungen in der Partei. Ihre Uebung ist nicht gleichbedeutend mit Preisgabe der persönlichen Ueberzeugung, sie ist nur die Erfüllung eines hohen Gebotes der Arbeiterschaft: Du sollst die Geschlossenheit deiner Organisation wahren! Ich habe nicht den Eindruck, daß dieses Gebot von allen sogenannten Altsozialisten befolgt worden ist, und darum werde ich nie Altsozialist sein.

Aber es gibt noch einen andern Grund, der mich nötigt, gegen die Bezeichnung „Altsozialist" Verwahrung einzulegen. Zu den sächsischen „Altsozialisten", mit deren Führern mich jahrzehntelang der gemeinsame Kampf verband, sind in den letzten Monaten Männer aus dem Reiche gestoßen, deren öffentliche Tätigkeit nach meinem Empfinden mit einem Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse nichts mehr zu tun hat.

Alter Sozialist — jawohl, nach einer Mitgliedschaft von 35 Jahren darf ich auf diesen Titel wohl Anspruch erheben. Aber „Altsozialist"? — bitte, nein, das duftet heute nach Renegatentum und Nationalbolschewismus, und in den Geruch möchte ich nicht kommen.

Karl Severing.

Die Grenzen des Artikels 48

SPD. Der Reichsminister des Innern erklärte am Donnerstag im Hauptausschuß des Reichstages hinsichtlich seiner Meldung zum Artikel 48 der Reichsverfassung, daß die Beseitigung der verfassungsmäßigen Rechte der gesetzlichen Körperschaften auf Grund des Artikels 48 als unvereinbar mit der Verfassung angesehen wird. Die Ausführungsbestimmungen zum Artikel 48 werden wohl dem nächsten Kabinett überlassen bleiben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19280309/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG